Presseinformation

Nr. 26.366

12.11.2026

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 25 – Kinderkrankentage dauerhaft sichern – Familien nicht zusätzlich belasten

Dazu sagt die familienpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Catharina Nies**:

Kinderkrankentage sind eine wichtige Absicherung der Vereinbarkeit von Job und Familie

Verehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Kolleg*innen,

Kinder werden krank. Besonders kleine Kinder, die eine Kita oder Schule besuchen und sich dort anstecken können. Und wenn man mehrere Kinder hat, werden sie auch gerne gleichzeitig, nacheinander oder immer abwechselnd krank. Genau das erleben Eltern, und das stellt Familien im Alltag immer wieder vor große Herausforderungen. Für alleinerziehende Elternteile ist das besonders fordernd. Deshalb sind Kinderkrankentage und das dazugehörige Kinderkrankengeld als Lohnersatzleistung eine unverzichtbare familienpolitische Leistung.

Familien, gerade Alleinerziehende, sind in den letzten Monaten mit sehr vielen Kürzungsplänen der Bundesregierung konfrontiert worden: beim Unterhaltsvorschusses, bei der Rente, Pflege, Gesundheit, beim Elterngeld und beim Wohngeld. Man kann den Überblick leicht verlieren, aber all diese „Reformpläne“ verunsichern und belasten Familien, insbesondere Alleinerziehende und damit überproportional Frauen.

Denn Frauen übernehmen, ob uns das jetzt gefällt oder nicht, immer noch den Großteil der Carearbeit zusätzlich zu ihrer Erwerbstätigkeit. Und 85 % der alleinerziehenden Elternteile sind Frauen.

Lassen Sie mich etwas Positives sagen: Ich finde es richtig, dass die Bundesregierung die geplante Wohngeldkürzung gestern zurückgenommen hat. Und es war auch richtig, dass wir aus Schleswig-Holstein heraus mit unserer Sozialministerin hier Druck aufgebaut haben, übrigens auch beim Unterhaltsvorschuss. Bei dem neuen Vorschlag zur Reform des Unterhaltsvorschuss kann ich nicht erkennen, warum der rechtliche Anspruch eines Kindes vom Elterneinkommen abhängen sollte. Beim Elterngeld wird

die geänderte Reform aus meiner Sicht für viele Familien zu einer Verschlechterung führen.

Und all das muss man, finde ich, im Hinterkopf haben, wenn man aus dem Bundesgesundheitsministerium heraus jetzt auch noch eine Kürzung bei den wichtigen Kinderkrankentagen zum Januar 2027 ankündigt. Was macht das mit Familien, die ohnehin schon oft am Limit sind? Was passiert, wenn es keine ausreichenden Kinderkrankentage gibt? Eltern müssen Urlaub nehmen. Sie müssen die Betreuung durch Großeltern oder andere Angehörige organisieren. Oder sie stehen vor der Entscheidung ihre beruflichen Verpflichtungen nicht erfüllen zu können.

Aber wir wollen, dass Eltern arbeiten. Wir wollen insbesondere auch, dass Alleinerziehende erwerbstätig sind und unabhängig von Sozialleistungen leben können, um Armutsrisiken zu verhindern. Kinderkrankentage sind kein „nice to have“. Sie sind eine notwendige Absicherung von Carearbeit und ermöglichen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Eine Kürzung der Kinderkrankentage ist auch eine gleichstellungspolitische Rückwärtsbewegung. Wir können nicht auf der einen Seite darüber sprechen, dass Frauen mehr arbeiten sollen, dass ihre Erwerbstätigkeit gestärkt werden muss, und auf der anderen Seite ausgerechnet diese Unterstützung kürzen.

Wir Grüne würden uns sehr wünschen, dass die aktuelle Regelung von 15 Arbeitstagen pro Kind und Elternteil bestehen bleibt. Meine Kolleg*innen haben sich in der Ampelkoalition auch genau hierfür eingesetzt. Aber ich bin pragmatisch genug zu sehen, dass es schwierig wird, die Bundesregierung dazu zu bewegen, die 15 Tage pro Kind und Elternteil beizubehalten. Aus diesem Grund halte ich es für richtig, wenn Schleswig-Holstein einen Kompromiss vorschlägt, der anhand von Zahlen und Bedarfen nachvollziehbar begründet werden kann.

Carsten Linnemann schlägt vor, die Anzahl auf Vorpandemieniveau zurückzufahren. Aber das würde ja nur dann sinnvoll sein, wenn auch die Krankenstände der Kinder wieder entsprechend zurückgegangen wären. Aber genau das sind sie ja nicht. Die Zahl ist zwar geringer als 2021/22, aber immer noch höher als zuvor.

Die FDP hat heute Morgen einen Änderungsantrag eingebracht und möchte, dass wir uns auf den Wert von 13 Tagen festlegen. Auch wenn ich es sehr bewundernswert finde, dass Sie in der Lage sind, so schnell einen möglichen Rechenansatz aufzustellen, würde ich mich nicht darauf festlegen wollen, ob ein Jahr oder die letzten zwei Jahre im Durchschnitt betrachtet werden und ob der Referenzwert die alten zehn Tage oder die aktuellen 15 Tage sein sollen.

Mir ist wichtig, dass politische Entscheidungen vermittelbar sind und nicht den Eindruck erwecken, willkürlich getroffen zu werden. Und deshalb sollte eine Regelung gefunden werden, die den realen Bedarf abbildet und nachvollziehbar ist. Denn nur weil Carsten Linnemann die Anzahl der Tage jetzt reduzieren möchte, werden Kinder ja nicht plötzlich ab Januar weniger krank. Die Berechnung der richtigen Anzahl muss für die Bevölkerung nachvollziehbar sein und das ist sie anhand des vorliegenden Vorschlags nicht.

Deshalb bitten wir die Landesregierung, sich auf Bundesebene für einen Mittelweg bei der Reduktion der Kinderkrankentage einzusetzen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

***

Landtagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

T 0431 988 1503
M 0172 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
sh-gruene-fraktion.de